



## Niederschrift

### **17-011. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses des Kreistages**

**am Freitag, 02.11.2012**, 08:00 Uhr bis 10:00 Uhr,  
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes in Heppenheim, Graben 15

### Tagesordnung

- Punkt 1                      Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft  
- Feststellung Jahresabschluss 2011  
Vorlage: 17-0617
- Punkt 2                      Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft  
- Bestellung Abschlussprüfer 2012  
Vorlage: 17-0642
- Punkt 3                      Entlastungserteilung für die Rechnungsführung des Kreises Berg-  
straße im Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: 17-0671
- Punkt 4                      Überplanmäßige Aufwendungen der Kreisverwaltung für die  
Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2012 zur Erfüllung gesetzlicher  
Aufgaben  
Vorlage: 17-0662
- Punkt 5                      Überplanmäßiger Aufwand im Amt für Soziales im Jahr 2012  
Vorlage: 17-0661
- Punkt 6                      K11, Ausbau OD Ober-Liebersbach;  
hier: Überplanmäßige Auszahlung gem. § 100 HGO  
Vorlage: 17-0657
- Punkt 7                      K53, Grundhafte Erneuerung OD Linnenbach, Gemeinde Fürth;  
hier: Überplanmäßige Auszahlung gem. § 100 HGO  
Vorlage: 17-0668
- Punkt 8                      Zweiter Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: 17-0654
- Punkt 9                      Kommunalen Schutzschirm  
- Aktueller Sachstand
- Punkt 10                     Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 10.1                   Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;  
hier: Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe gemäß  
§ 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäftsord-  
nung für den Kreistag des Kreises Bergstraße;

Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses  
über die für 2012 abgegebenen Anzeigen  
Vorlage: 17-0689

Punkt 10.2                      Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;  
hier: Begründung der strategischen Partnerschaft des Kreiskranken-  
hauses mit dem Universitätsklinikum Heidelberg  
- Sachstand

**Anwesende:**

**Ausschussvorsitzender:**

Fiedler, Josef                      SPD

**Ausschussmitglieder:**

Arnold, Hermann Peter	CDU	
Kempf, Bastian	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	(ab zeitweise TOP 3, bis dahin vertreten durch Schneider, Gottfried)
Fiedler, Josef	SPD	(siehe auch Ausschussvorsitzender)
Herbert, Gerhard	SPD	
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Figaj, Thilo	GRÜNE	
Schäffer, Manfred	GRÜNE	
von Hunnius, Roland	FDP	

**Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):**

Hoch, Haymo	Bürgerunion	
Dambier, Peter	PIRATEN	in Vertretung für Zenker, Veronika

**Fraktionsvorsitzende:**

Schneider, Gottfried	CDU	bis zeitweise TOP 3 Ausschussmitglied in Vertretung für Roeder, Oliver
Zenker, Veronika	PIRATEN	

**Kreisausschuss:**

Metz, Thomas	Erster Kreisbeigeordneter
Schimpf, Matthias	Kreisbeigeordneter

**Verwaltung:**

Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Juch, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Zubrod, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Michel, Christina	Controlling
Ende, Karin	Revision (bis TOP 3)
Bonnmann, Ralf	Amt für Soziales
Schneider-Jaksch, Ute	Jugendamt (ab zeitweise TOP 3 bis TOP 4)
Dr. Fischer, Bernhard	Jugendamt (bis TOP 4)
Pfeifer, Jutta	Jugendamt (bis TOP 4)
Vinzenz, Werner	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (bis TOP 2)

Koob, Michael  
Lienert, Stefan  
Kohl, Stefan

Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (bis TOP 2)  
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft (bis TOP 2)  
Auszubildender

**Schriftführerin:**

Germann, Ingrid  
Schüßler, Helene

Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur  
Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur

Ausschussvorsitzender Fiedler eröffnete um 08:00 Uhr die 17-011. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt wegen anderweitiger Terminverpflichtungen fehlten Abgeordneter Dr. Martin Greif und Landrat Matthias Wilkes.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

**Tagesordnung**

**Punkt 1:**

**Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft  
- Feststellung Jahresabschluss 2011  
Vorlage: 17-0617**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stellt gemäß § 27 Abs. 3 i. V. m. den §§ 5 Nr. 11 und 30 EigBGes den der Vorlage 17-0617 als Anlage beigefügten Jahresabschluss mit Lagebericht 2011 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft fest."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 2:**

**Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft  
- Bestellung Abschlussprüfer 2012  
Vorlage: 17-0642**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag beauftragt die Firma SWS Schüllermann und Partner AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung der Jahresrechnung des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft 2012."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 3: Entlastungserteilung für die Rechnungsführung des Kreises Bergstraße im Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: 17-0671**

Abgeordneter Kaltwasser berichtete von der Sitzung des Unterausschusses zur Prüfung des Jahresabschlusses 2010 am 26. Oktober 2012 (inhaltlich kann auf das diesbezügliche Sitzungsprotokoll verwiesen werden) und schlug namens des Unterausschusses vor, dem Kreistag Entlastungserteilung zu empfehlen.

Satz 3 der in der Verwaltungsvorlage 17-0671 vorgeschlagenen Beschlussempfehlung an den Kreistag wurde in Anpassung an den Wortlaut von § 114 HGO geändert (neuer Wortlaut: "Der Kreistag beschließt den nach § 112 HGO erstellten Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010.").

Unter Einbeziehung der vorgenannten Änderung fasste der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Nach dem Schlussbericht des Revisionsamtes zur Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010 und nach den Feststellungen des Unterausschusses hat sich die Führung der Haushaltswirtschaft durch den Kreisausschuss im Haushaltsjahr 2010 nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen gerichtet. Verstöße gegen die Grundsätze einer geordneten Haushaltsführung sind nicht festgestellt worden.

Der Kreistag beschließt den nach § 112 HGO erstellten Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010.

Der Kreistag erteilt dem Kreisausschuss für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2010 gemäß § 52 Hessische Landkreisordnung in Verbindung mit § 114 Hessische Gemeindeordnung in der jeweils gültigen Fassung Entlastung."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 4:** **Überplanmäßige Aufwendungen der Kreisverwaltung für die Jugendhilfe im Haushaltsjahr 2012 zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben**  
**Vorlage: 17-0662**

Bei der Aussprache wurden insbesondere folgende Ursachen für die überplanmäßigen Aufwendungen für die Jugendhilfe thematisiert, zu denen Kreisbeigeordneter Schimpf und Frau Schneider-Jaksch Stellung nahmen:

- Zuzüge von Familien mit Jugendhilfebedarf  
(beim Kreis mehr Zu- als Wegzüge von Familien, Plus von Zuzügen insbesondere aus den Regionen Odenwald und Ried)
- Steigerungen bei den Eingliederungshilfen, die von einer fachärztlichen Diagnostik abhängig sind  
(bei der fachärztlichen Diagnostik sind Standards einzuhalten; Jugendamt achtet darauf, dass Gutachter und Therapieinstitut nicht identisch sind)
- fehlende Nachsteuerung der Haushaltsansätze bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen 2012  
(mangelnde Kommunikation zwischen der Fachabteilung und dem Finanz- und Rechnungswesen)

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag bewilligt gemäß § 52 HKO in Verbindung mit § 100 HGO überplanmäßige Transferaufwendungen in Höhe von 5.798.0000 € bei den Produkten 3140, 3170, 3200 und 3210, für die Kostenstelle 1133 (Budget Jugendamt) wie in der Vorlage 17-0662 dargestellt. Die Deckung erfolgt durch die Inanspruchnahme von nicht benötigten Mitteln für Transferaufwendungen bei dem Produkt 3070-Leistungen nach SGB II, Kostenstelle 2183 in Höhe von 5.298.000 € und von Mehrerträgen des Umsteuerungsprojekts (Produkt 3210, Kostenstelle 1139) in Höhe von 500.000 €."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung.

**Punkt 5:** **Überplanmäßiger Aufwand im Amt für Soziales im Jahr 2012**  
**Vorlage: 17-0661**

Bei der Aussprache gab es insbesondere Fragen zu den erforderlichen Mehraufwendungen bei Produkt 3080 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, zu denen Erster Kreisbeigeordneter Metz und Herr Bonnmann Auskünfte gaben (steigende Zuweisung von Asylsuchenden an den Kreis von 8 bis 10 Personen pro Woche nach "Unterzuwei-

sung" in vergangenen Jahren, Anmietung weiterer Gemeinschaftsunterkünfte im Kreis erforderlich, unterschiedliche Herkunftsländer der Flüchtlinge).

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreis bewilligt gemäß § 52 HKO in Verbindung mit § 100 HGO überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von bis zu 2.372.920 € bei den Produkten 3010 bis 3060 (Transferaufwendungen nach Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch; SGB XII), 3080 (Asylbewerberleistungsgesetz) und 3130 (Sonstige soziale Hilfen) wie in der Vorlage 17-0661 dargestellt.

Die Deckung dieser überplanmäßigen Aufwendungen erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge aus Zuweisungen bei den Produkten 3010 bis 3060, 3080 und 3130 in Höhe von insgesamt 1.149.215 €.

Die verbleibende Deckung von 1.223.705 € Mehraufwendungen soll durch nicht in Anspruch genommene Mittel für Transferaufwendungen bei dem Produkt 3070 / SGB II Leistungen erfolgen."

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

### **Punkt 6:**

**K11, Ausbau OD Ober-Liebersbach;  
hier: Überplanmäßige Auszahlung gem. § 100 HGO  
Vorlage: 17-0657**

Im Ausschuss wurde Kritik an der "unprofessionell" erscheinenden Arbeit der Gutachter im Zuge der Planung für diese Straßenbaumaßnahme und noch mehr für die unter Tagesordnungspunkt 7 zu behandelnde Maßnahme geäußert. Auf Frage nach möglichen Schadenersatzforderungen des Kreises sah die Verwaltung keine Erfolgsaussichten gegeben.

Abgeordneter Figaj sprach sich gegen den Vorschlag von Hessen Mobil, zur Kostenminimierung die Entwässerungsrinne teilweise entfallen zu lassen, und für einen durchgängigen Ausbau der Rinne wie ursprünglich geplant und auch gegenüber dem Ortsbeirat zugesagt aus. Für den Ausbau der Pflasterrinne sollen die als 10%iger Sicherheitszuschlag vorgesehenen Mittel von 19.110 € verwendet werden.

Fraktionsvorsitzender Schneider schloss sich dem Vorschlag von Abgeordnetem Figaj an, wobei der jetzt vorgesehene Kostenrahmen auch bei einem durchgängigen Ausbau der Rinne eingehalten werden solle. Falls Mehrkosten bei der Maßnahme zu erwarten seien, bat er, den Ausschuss vor der Ausschreibung zu informieren.

Unter Einbeziehung des Vorschlags von Abgeordnetem Figaj fasste der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag bewilligt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von bis zu 210.000 € zur Finanzierung der Mehrkosten bei der Maßnahme 'K11, Ausbau OD Ober-Liebersbach, 2009INV063, ANL-11-0303' gemäß § 100 HGO. Zur Deckung werden entsprechende Mittel bei der Maßnahme 'K22, Ausbau OD Zotzenbach, 2009INV056' herangezogen.

Der bei der Aufstellung der bereitzustellenden überplanmäßigen Mitteln vorgesehene 10%ige Sicherheitszuschlag von 19.110 € wird für den ursprünglich geplanten durchgängigen Ausbau der Pflasterrinne verwendet.

Der Kreisausschuss wird gebeten, die Maßnahme, wie ursprünglich geplant, durchführen zu lassen."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 7:**

**K53, Grundhafte Erneuerung OD Linnenbach, Gemeinde Fürth;  
hier: Überplanmäßige Auszahlung gem. § 100 HGO  
Vorlage: 17-0668**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag bewilligt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von bis zu 93.000 € zur Finanzierung der Mehrkosten bei der Maßnahme 'K53, grundhafte Erneuerung OD Linnenbach, 2012INV037, ANL-12-0067' gemäß § 100 HGO.

Zur Deckung werden entsprechende Mittel bei der Maßnahme 'K22, Ausbau OD Zotzenbach, 2009INV056' in Höhe von bis zu 83.000 € und bei der Maßnahme 'Deckenerneuerung allgemein, 2012INV033, ANL-12-0323' in Höhe von bis zu 10.000 € herangezogen."

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 8:**

**Zweiter Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2012  
Vorlage: 17-0654**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 17-0654 und dem Zweiten Finanz- und Controllingbericht 2012 Kenntnis genommen.

Fragen und Anmerkungen gab es zu folgenden Positionen und Produkten, zu denen Kreisbeigeordneter Schimpf Stellung nahm:

#### Finanzbericht - Gesamtergebnishaushalt

- Position 21 - Finanzerträge  
Position 22 - Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2012 war die Zinsentwicklung nicht abschätzbar, deshalb wurde "vorsichtig" veranschlagt.

#### Controllingbericht

- Produkt 1311 - Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen

Für die Dauer der Abwesenheit des Sachgebietsleiters für den Bereich Tierschutz wurde eine Ersatzkraft für die Übernahme der Kontrolltätigkeiten eingestellt, die nach kurzer Zeit ihre Tätigkeit wieder aufgegeben hatte.

- Produkt 3140 - Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Kindertagespflege

Zur Kritik an der anscheinend nicht ernstesten Zielverfolgung wurde auf die Schwierigkeit hingewiesen, Zielvereinbarungen mit Kommunen bezüglich der zur Verfügung zu stellenden KITA-Plätze zu treffen.

Abgeordneter von Hunnius kritisierte die zum größten Teil "formalen" Erläuterungen zu den Abweichungen zwischen Planwerten und prognostizierten Jahreswerten.

Fraktionsvorsitzender Schneider bezeichnete die Zielerreichung des Gesamtbudgets als den für ihn wichtigsten Wert. Weiter regte er an, in zukünftigen Berichten für den Teilhaushalt 03 die Ergebnisse getrennt nach den Bereichen Soziales und Jugend anzugeben.

#### **Punkt 9: Kommunaler Schutzschirm - Aktueller Sachstand**

In der Sitzung wurden in Kopie der mit Schreiben des Hessischen Finanzministeriums vom 20. Oktober 2012 übersandte Entwurf des Konsolidierungsvertrages sowie die am 26. Oktober 2012 hierzu abgegebene Stellungnahme des Kreises verteilt.

Kreisbeigeordneter Schimpf erläuterte zum Entwurf des Konsolidierungsvertrages, dass das Land mit dem als Anlage beigefügten Antrag des Kreises einverstanden sei und keine Nachverhandlungen hierüber vorgesehen seien.

Bei den in der Stellungnahme des Kreises aufgelisteten Anpassungsvorschlägen zum Vertragsentwurf hob er die als notwendig erachtete Selbstverpflichtung des Landes, den Kreis in seinen Bemühungen zur Erreichung des Konsolidierungsziels umfassend zu unterstützen, sowie das Vereinbaren eines Konsolidierungskorridors und nicht einzelner Konsolidierungsmaßnahmen und -ziele heraus.



Die Kreisspitze werde ein Gespräch mit dem Finanzministerium suchen, um die vorgeschlagenen Anpassungen im Vertragsentwurf zu erreichen, zumal die Ausführungsbestimmungen zur Schutzschirmverordnung erst nach Antragstellung erlassen worden seien.

Zu Fragen von Ausschussmitgliedern gab Kreisbeigeordneter Schimpf folgende Auskünfte:

- die Frist für den Abschluss des Konsolidierungsvertrages läuft nicht Ende des Jahres, sondern eventuell zum 15. Januar 2013 oder noch später aus;
- der Haushaltsausgleich ist nur durch Mehrerträge aus dem Kommunalen Finanzausgleich erreichbar;
- die juristischen Klauseln der Konsolidierungsverträge des Landes mit den einzelnen Schutzschirmkommunen sind notwendigerweise gleich; bezüglich der Konsolidierungsmaßnahmen können individuelle Vereinbarungen getroffen werden;
- mögliche Konsequenzen für den Kreis bei Nichterfüllung des Konsolidierungsvertrages aufgrund nicht zu vertretender Entwicklungen sind noch nicht abschließend geklärt.

Abgeordneter Figaj sah den Abschluss des Konsolidierungsvertrages als die derzeit beste Lösung für den Kreis und die kommunale Selbstverwaltung durch den Vertrag nicht eingeschränkt.

Kreisbeigeordneter Schimpf verwies auf die strukturellen Finanzprobleme der kommunalen Ebene, die durch die Entschuldungs- und Zinsdiensthilfen des Landes im Rahmen des Schutzschirms nicht zu lösen seien. Ziel der Kreise müsse eine Änderung des Kommunalen Finanzausgleichs sein. Durch die Grundrechtsklage solle eine dauerhaft ausreichende Finanzausstattung für die Kreise erreicht werden.

Das Konsolidierungsprogramm des Kreises bezeichnete Abgeordneter Hoch als unrealistisch.

Ausschussvorsitzender Fiedler bemängelte am Konsolidierungsvertrag die Nichtberücksichtigung der Kredite des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft bei der Entschuldungshilfe und erachtete eine Zinsdiensthilfe von 1% als zu niedrig. Ohne Einhaltung des Konnexitätsprinzips und umfassende Unterstützung durch das Land halte er das Erreichen des Haushaltsausgleichs bis 2020 für fraglich.

## **Punkt 10:**

### **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

#### **Punkt 10.1:**

**Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;  
hier: Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe  
gemäß § 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße;  
Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses über die für 2012 abgegebenen Anzeigen  
Vorlage: 17-0689**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 17-0689 Kenntnis genommen.

**Punkt 10.2:**

**Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;  
hier: Begründung der strategischen Partnerschaft des  
Kreiskrankenhauses mit dem Universitätsklinikum Heidel-  
berg  
- Sachstand**

Erster Kreisbeigeordneter Metz informierte über den Sachstand bezüglich der Begründung der strategischen Partnerschaft des Kreiskrankenhauses mit dem Universitätsklinikum Heidelberg. Die Annahme des Angebots des Universitätsklinikums sei in dieser Woche notariell unterzeichnet worden. Die Zustimmung der Aufsichtsbehörde zu der Transaktion liege vor und die Ablösung der Kreditlinie des Kreiskrankenhauses werde erfolgen. Die kartellrechtliche Prüfung laufe noch, im Laufe des Monats November werde die Entscheidung erwartet.

Weiter ging Erster Kreisbeigeordneter Metz auf das in der Presse thematisierte Aussetzen der Ermächtigung für ambulante Brustkrebstherapien am Brustzentrum des Kreiskrankenhauses ein.

Aufgrund des Widerspruchs einer Arztpraxis habe die Kassenärztliche Vereinigung (KV) die erst im Juli verlängerte Ermächtigung für Frau Dr. Hurst ausgesetzt. Frau Dr. Hurst prüfe derzeit ihre Möglichkeiten, gegen die Verfügung der KV rechtlich vorzugehen.

Die Verfahrensweise der KV sei nicht hinnehmbar. Der Kreis könne zwar rechtlich nicht dagegen vorgehen, werde sich aber im Interesse der Patientinnen für die Möglichkeit einer Übergangslösung einsetzen.

Die Sitzung wurde um 10:00 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen.

**Unterzeichnung der Niederschrift:**

gez. Fiedler

Vorsitzender

gez. Germann

gez. Schüssler

Schritfführerinnen